

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

343 (28.7.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.
Weitläufigste Bezugszahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Redaktion
Telef. Nr. 800.

Verlag und Berlin von
H. B. Biederstein.
Gesamtherausgeber: Albert Biederstein.
Verantwortl. für den Inhalt: Dr. phil. h. c. h. Biederstein.
Verlag: H. B. Biederstein, Berlin W. 10.

Abbestellen: Die Abbestellung muss spätestens 14 Tage vor Ablauf des Monats bei der Redaktion erfolgen. Bei Nichterhalt der Zeitung ist dies nicht anzunehmen. Bei Abwesenheit der Redaktion ist dies nicht anzunehmen. Bei Abwesenheit der Redaktion ist dies nicht anzunehmen.

Nr. 343.

Karlsruhe, Montag den 28. Juli 1919.

35. Jahrgang.

Zu Erzbergers Enthüllungen.

Der Immediatbericht des Grafen Czernin.

— Weimar, 26. Juli. Der von Reichsminister Erzberger in seiner Rede in der Nationalversammlung angeführte Bericht des Grafen Czernin an den früheren Kaiser Karl vom 12. April 1917 lautet folgendermaßen:

Illustriert Herr!
Wollen Sie Majestät mir gestatten, mit jener Offenheit, welche mir von ersten Tage meiner Ernennung gestattet war, meine rants- wörtliche Meinung über die Situation darzulegen zu dürfen. Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende nahe ist. Diesbezüglich erst lange Details zu entwickeln, die die Zeit Ew. Majestät mißbrauchen. Ich verweise bloß auf das zur Neige gehende Rohmaterial zur Munitionserzeugung, auf das vollständig erschöpfte Menschennaterial und vor allem die dumpfe Stimmung aller Völkergemeinschaften, welche sich vor allem wegen der Unterernährung aller Völkergemeinschaften bemächtigt hat und welche ein weiteres Fortwähren des Krieges unmöglich macht. Wenn ich auch hoffe, daß es uns gelingen wird, noch die allerhöchsten Monate durchzuführen und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so bin ich doch vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist, mit anderen Worten, daß im September oder Herbst ein jeder Preis Schluß gemacht werden muß. Die größte Möglichkeit liegt zweifellos dabei auf dem Moment, die Friedensverhandlungen in einem Augenblick zu beginnen, in welchem unsere ererbende Kraft den Feinden noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist. Treten wir zu der Entente heran in einem Augenblick, in welchem Vorgänge im Innern des Reiches den bevorstehenden Zusammenbruch erschließen lassen, so wird jede Demarche vergeblich sein und die Entente wird auf keine Bedingungen außer auf die, welche die vollständige Vernichtung der Zentralmächte bedeuten, eingehen. Rechtzeitig also zu beginnen, ist von kardinaler Wichtigkeit. Ich kann hier, so peinlich es mir ist, das Thema nicht beiseite lassen, auf welchem der Nachdruck meiner ganzen Argumentation liegt. Es ist dies

griffe abzuschlagen. Ist dies gelungen und ich rechne, daß dies in zwei bis drei Monaten geschehen sein kann, dann müssen wir, bevor Amerika das militärische Bild neuerdings zu unseren Ungunsten verschiebt, einen weitgehenden detaillierten Friedensvorschlag machen und uns nicht davon scheuen, eventuell große, schwere Opfer zu bringen. Man sieht in Deutschland große Hoffnungen auf den Unterseebootskrieg.

Ich halte diese Hoffnungen für irreführend. Ich laugne keinen Augenblick die fabelhaften Leistungen der deutschen Seehelden, ich gebe demum zu, daß die Zahl der tatsächlich versenkten Tonnen etwas erhebliches ist, aber ich konstatiere, daß der von den Deutschen erwartete und vorausgesetzte Erfolg nicht eingetreten ist.

Ew. Majestät werden sich erinnern, daß uns Admiral Söhen- dorff bei seiner letzten Anwesenheit in Wien positiv vorausgesagt hat, der versäufte Unterseebootskrieg werde binnen sechs Monaten England matt setzen. Ew. Majestät werden sich weiter erinnern, wie wir alle diese Voraussetzungen bekämpft und erkräftigt haben, daß wir zwar nicht davon zweifeln, daß der Unterseebootskrieg England schaden würde, daß aber der erwartete Erfolg durch den voraussetzungs- mangelnden Eintritt Amerikas in den Krieg paralysiert werden dürfte. Es sind heute 2 1/2 Monate fast die Hälfte des angesagten Termins seit dem Beginn des Unterseebootskrieges vergangen und alle Maßnahmen, die wir aus England haben, stimmen darin überein, daß ein Niederbruch dieses gewaltigen und gefährlichsten unserer Gegner auch nicht einmal zu denken ist. Wenn Ew. Majestät noch länger schmerzlichen Bedenken dem deutschen Reich nachgeben und die Meerestromadirektion auf dem Unterseebootskrieg haben beteiligen lassen, so wird dies nicht nur die deutschen Kräfte in eine befehrte Lage bringen, sondern es wird es Ew. Majestät für absolut notwendig halten, in treuer Waffengemeinschaft auf allen Gebieten mit Deutschland vorzugehen, und weil wir die Überzeugung gewonnen haben, daß Deutschland von seinem einmal gefassten Beschluß, den vornehmsten Unterseebootskrieg zu beginnen, weder nicht mehr abzubringen sei.

Wer heute dächte auch in Deutschland die begeisterten Anhänger des Unterseebootskrieges zu erkennen, daß dieses Mittel den Sieg nicht entscheiden wird, und ich hoffe, daß der selber unrichtige Gedanke, England werde binnen weniger Monate zum Frieden gezwungen sein, auch in Berlin an Boden verlieren wird. Nichts ist gefährlicher, als jene Dinge zu glauben, die man mächtig. Nichts ist verhängnisvoller, als das Prinzip, die Wahrheit nicht sehen zu wollen und sich utopischen Illusionen hinzugeben, aus denen früher oder später ein furchtbares Erwachen folgen muß. Aber in einigen Monaten wird England, der treibende Faktor des Krieges, nicht gezwungen sein, die Waffen niederzulegen, aber vielleicht, und hierin geht es um einen limitierten Erfolg eines Unterseebootskrieges zu, vielleicht wird England in einigen Monaten sich die Rechnung stellen, ob es klug und vernünftig gewesen sei, diesen Krieg zu unternehmen, oder ob es nicht staatsmännischer sei, goldene Brücken zu betreten, wenn ihm dieselben von den Zentralmächten gebot werden, und dann wäre der Augenblick gekommen für weitgehende, schmerzliche Opfer seitens der Zentralmächte. Ew. Majestät haben die wiederholten Verträge unserer Feinde, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, unter meiner verantwortlichen Deckung abgelehnt, weil Ew. Majestät keiner unehrlichen Handlung fähig sind. Aber Ew. Majestät hat mich gleichzeitig beauftragt, den vornehmsten Staatsmännern des Deutschen Reiches zu sagen, daß wir am Ende unserer Kraft sind und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns rechnen können. Ich habe diese Befehle ausgeführt und die deutschen Staatsmänner haben mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch für Deutschland eine weitere Winter- kampagne ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Und in diesem einzigen Satz liegt eigentlich alles, was ich zu sagen habe: Wir können noch einige Wochen warten und versuchen, ob sich Möglichkeiten ergeben, mit Paris oder Petersburg zu sprechen. Gestern dies nicht, dann müssen wir noch rechtzeitig unsere letzte Karte ausspielen und jene äußersten Proportionen machen, die ich in keuchendem Anbeteuerungsstimm habe. Ew. Majestät haben den Beweis erbracht, daß Sie nicht egoistisch denken und den deutschen Bundesgenossen keine Opfer zumuten, welches Ew. Majestät nicht selbst zu tragen bereit wären. Mehr kann niemand verlangen. Gott und Ihren Vätern aber sind es Ew. Majestät schuldig, alles zu versuchen, um die Katastrophe eines Zusammenbruchs der Monarchie zu verhindern. Vor Gott und Ihren Vätern haben Ew. Majestät die heilige Pflicht des dynastischen Prinzip und Ihren Thron zu verteidigen mit allen Mitteln bis zu Ihrem letzten Atemzuge.

In tieferster Ehrfurcht gez.: Czernin.

Erzberger und der Immediatbericht Czernins.

— Berlin, 26. Juli. Wie der „Wiener Mittag“ meldet, hat Erzberger den Bericht des Grafen Czernin von dem früheren Kaiser Karl selbst erhalten mit der Verpflichtung, die Herkunft des Berichtes zu verschweigen.

Eine Erklärung Michaelis.

— Berlin, 26. Juli. Der ehemalige Reichkanzler Michaelis gibt zu den Angriffen Erzbergers in der Nationalversammlung vom 25. Juli in der „Tägl. Rundschau“ folgende Erklärung ab: „Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Nuntius Paolucci am 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogenannten englischen Friedensvorschlags folgendes zu sagen: „Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und Ministern besprochen und bin dem Kaiser, der, wenn ich nicht irre, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm darüber Vortrag zu halten. Ich hat den Kaiser um die Abhaltung eines Kronrats in Gegenwart der Obersten Seeres- und Marineleitung. Der Kronrat fand am 11. September im Schloß Bellevue statt. Das Ergebnis der Besprechung wurde vom Kaiser im eigenhändig unterschriebenen Dekret vom 11. September bestätigt: Eine Annexion Belgiens sei bedenklich. Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig und

Brügge dürfe nicht in englische Hand fallen. Aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müsse ein engerer wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse.

Weber die weitere Behandlung des Friedensvorschlags wurde von mir mit dem Staatssekretär Kühlmann vereinbart, daß durch eine unabhängige geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie unabweisbar zu unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthält nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugenden Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu einer entgegenkommenden Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extravagantem Standpunkt aufzugeben, und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden. Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär Kühlmann persönlich nachstehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondernierung vorzunehmen. Ihm wurde keine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß dem obigen Kronrat in der Weise erteilt: Die Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Anerkennen: a) daß unsere Grenzen intakt bleiben, b) daß unsere Kolonien zurückgegeben werden würden, c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen und d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde.

Ich habe in Übereinstimmung mit Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertraulichkeit die Verfolgung dieser ersten Friedenssäden möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie bieten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte es sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet worden war, als das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen werden und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur die Antwort des allgemeinen Inhaltes erteilt werden. Daß jede Indiskretion die größten Gefahren für die Abwicklung der Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemängelten sich der Unangelegenheit und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ablegnete, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht worden sei. Ich habe den Gedanken, unter weitem Nachgeben mit Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen, und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeignetsten Weg zur Verfolgung der ersten Anregungen zu wählen. Wenn sich der Plan zer- schlug, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wollten.“

Helferich gegen Erzberger.

— Berlin, 26. Juli. In der „Kreuzzeitung“ schreibt der ehemalige Staatssekretär Dr. Helferich, als einer der Unterrichtsleuten, über Erzbergers Rede und Enthüllungen, Erzberger:

Am 31. März 1917 schrieb Kaiser Karl von Oesterreich den Brief, der den Prinzen von Parma zu Verhandlungen mit Poincaré und Lloyd George mit dem Zweck der Erfüllung der französischen Ansprüche auf Elsass-Lothringen ermächtigte. In der ersten Aprilwoche waren Kaiser Karl, Kaiserin Sita und Graf Czernin im deutschen Hauptquartier. Der Versuch, das unbesiegte Deutschland zur Abgabe Elsass-Lothringens zu bewegen, findet keine Gegenliebe. Am 14. April erneuerte der Wiener Hof seinen Versuch auf Grund des Immediatberichtes des Grafen Czernin an seinen Kaiser. Acht Tage später ist Erzberger in Wien, wird vom Kaiser Karl empfangen, erhält von diesem, ohne Wissen des Grafen Czernin, dessen Immediatbericht und „mit diesem in der Hand treibt von Stunde an Herr Erzberger mit der ihm angeborenen gedankenlosen Geschäftigkeit im Effekt haabsburgische Politik“. Graf Czernin sieht in Erzberger auch eine geeignete Persönlichkeit, den deutschen Widerstand zu zermürben und ermuntert ihn zu seinem Jubelstöße, wie Helferich Erzbergers bekanntes Auftreten am 6. Juli im Hauptauschuß des Reichstages nennt. Die Wirkung auf das Ausland sei gewesen, so behauptet Helferich, die Betätigung der damals herantretenden Reizung der Westmächte zu Friedensverhandlungen. England und Frankreich hätten damals nach Fühlungen der Erzberger, wollten in Rom sogar über Friedensschritte sprechen, die Erzberger'schen Bomben im Hauptauschuß aber und die verbrecherische Indiskretion, die er am 22. Juli mit dem Czernin'schen Geheimbericht beging, hat die Friedensneigung unserer Feinde in eine hochgepannte Siegeszuversicht und einen entschlossenen Kriegswillen gewandelt. „Die einzige ernste Friedensmöglichkeit während des Krieges“, so behauptet Helferich, „war durch Erzbergers unerhörtes Vorgehen zerfallen“. Dann schreibt er wörtlich:

„Und nun der angebliche Friedensschritt Englands durch Vermittlung des päpstlichen Stuhles Ende August 1917! Zum Verständnis dessen, was damals in Rom und Berlin vorging, muß ich daran erinnern, daß die vom 1. August datierte Friedensnote des Papstes gegen Wille der kriegführenden Mächte überreicht worden ist, nicht nur Deutschland und seinen Bundesgenossen, sondern auch England und seinen Bundesgenossen. Am 30. August hat dann der Nuntius Paolucci dem Reichstages die Abschrift eines Telegramms geschickt, das die britische Regierung an ihren Gesandten beim päpstlichen Stuhl gerichtet hatte. Herr Erzberger stellt es so dar, als ob dieses Telegramm, dessen Wortlaut er nicht mitgeteilt hat, ein aus der Initiative der englischen Regierung hervorgegangener Friedensschritt gewesen sei. Ich frage Herrn Erzberger: War dieses Telegramm der britischen Regierung an ihren Gesandten beim päpstlichen Stuhl nicht vielmehr einfach eine Rücküberlegung auf die päpstliche Friedensnote? Herr Erzberger stellt es weiter so dar, als ob in diesem Telegramm die Wiederherstellung Belgiens und Garantien für seine Unabhängigkeit die einzige Voraussetzung gewesen wären, von der England Friedensunterhandlungen abhängig gemacht habe. Ich frage Herrn Erzberger: War nicht etwa in diesem Telegramm der ganze Wust der für ein unbesiegt- tes Volk unannehmbaren Friedensbedingungen aufrechterhalten, von die Entente in ihrer unverfälschten Antwort vom 10. Januar 1917 an den Präsidenten Wilson zusammengefaßt hatte? Am 10. September fand im Schloß Bellevue unter dem Vorsitz des Kaisers ein Kronrat über die belgische Frage statt, an dem ich telegraphisch aus dem Urlaub zurückgerufen worden war.

die revolutionäre Gefahr, welche an dem Horizont ganz Europas aufsteigt und welche, von England getrieben, seine neueste Kampart darstellt. Fünf Wochen sind in diesem Krieg entfallen und die verblüffende Wichtigkeit, mit welcher jetzt die päpstliche Monarchie der Welt gesteuert werden ist, müge dazu beitragen, nachdenklich zu stimmen und sich des Satzes zu erinnern: exempla trahunt. Man antworte mir nicht, man erwidere nicht, daß die feste Wurzel des monarchischen Gedankens in Berlin oder Wien ein solches Vorgehen ausschließt. Dieser Krieg hat eine neue Ära der Weltgeschichte ge- öffnet. Die Welt ist nicht mehr dieselbe, die sie noch vor drei Jahren war, und vergeblich wird man nach Analogien für alle die Vorgänge, die heute zur Alltagslicht geworden sind, in der Weltgeschichte suchen. Der Staatsmann, der nicht blind oder taub ist, muß nachdenken, wie die dumpfe Verzweiflung der Bevölkerung täglich zunimmt. Er muß das dumpfe Grollen hören, das in den Kreisen der Massen vernichtend ist und er muß, denn er hat seine Verantwortung bewußt ist, mit diesem Faktor rechnen. Ew. Majestät sind die Geheimberichte der Statthalter bekannt zwei Sachen sind klar: Auf unsere Klagen wird die russische Revolution fürchter, als auf die Klagen der Deutschen und die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges ist weitaus größer für den Monarchen, dessen Land nur durch das Band der Dynastie vereinigt wird, als für Ew. Majestät, die die Volkseele für seine nationale Selbständigkeit kämpft. Ew. Majestät wissen, daß der Druck, der auf der Bevölkerung lastet, einen Grad angenommen hat, der einfach unerträglich wird. Ew. Majestät wissen, daß der Bogen demnach gespannt ist, daß ein Zer- reißn in unzähligen Bel uns oder in Deutschland zutage, kommen ist es unmöglich, ein solches Jatum vor dem Auslande zu ver- heimlichen, und in diesem Augenblick sind auch alle weiteren Bemühungen, den Frieden zu erreichen, erfolglos geworden. Ich glaube nicht, daß die interne Situation in Deutschland wesentlich anders steht als hier. Nur fürchte ich, daß man sich in Berlin in den militärischen Kreisen gewisser Täuschungen hin- neigt. Ich habe die feste Überzeugung, daß auch Deutschland, genau wie wir, am Ende seiner Kraft angelangt ist, wie dies ja die verantwortlichen politischen Faktoren Berlins auch gar nicht leugnen. Ich bin jedenfalls davon durchdrungen, daß, wenn Deutsch- land versuchen sollte, eine weitere Winterkampagne zu ergeben werden, welche mir als dem verantwortlichen Verantwortigen des dynastischen Prinzip viel ärger erscheinen, als ein von den Monarchen geschlossener schlechter Frieden. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht im Stande sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, dann werden es die Völker über ihre Köpfe hinweg machen und dann werden die Wogen der revo- lutionären Vorgänge alles das wegschwemmen, wofür unsere Brüder und Söhne heute noch kämpfen und sterben. Ich möchte gewiß keine Worte pro domo halten, aber ich bitte Ew. Majestät, sich gnädigst erinnern zu wollen, daß, als ich als einziger seit zwei Jahren den rechtig habe und daß ich, als ich zwei Monate vor dem Kriegsaus- bruch fast den Tag des Beginns prophezeite, nirgends Glauben fand. meiner heutigen, und ich kann es nicht eindringlich genug wieder- holen, daß mir die Gefahr, die ich wachsen und wachsen sehe, nicht gering anschlagen mögen.

Die amerikanische Kriegserklärung
Ich zweifelslos die Situation wesentlich verhärtet. Es mag ja sein, daß Monate vergehen werden, bevor Amerika nennenswerte Kräfte des Moment, daß die Entente neue Kräfte zur Hilfe erhofft, ver- zehrende Feinde bedeutend mehr Zeit haben als wir, und länger warten können, als wir dies leider imstande sind. Welchen Fortgang die russische Revolution nehmen werden, kann heute noch nicht gesagt werden. Ich hoffe, und dies ist ja eigentlich der Angelpunkt für lange Zeit, vielleicht für immer verloren hat, und daß dieses wichtige Moment ausgenutzt werden kann. Tragen erwarte ich, daß eine französische-englische, wahrscheinlich auch eine italienische Offensiv- unmittelsbar bevorstehen, daß glaube und hoffe ich, daß es uns gelingen wird, diese beiden An-

hat zweifelslos die Situation wesentlich verhärtet. Es mag ja sein, daß Monate vergehen werden, bevor Amerika nennenswerte Kräfte des Moment, daß die Entente neue Kräfte zur Hilfe erhofft, ver- zehrende Feinde bedeutend mehr Zeit haben als wir, und länger warten können, als wir dies leider imstande sind. Welchen Fortgang die russische Revolution nehmen werden, kann heute noch nicht gesagt werden. Ich hoffe, und dies ist ja eigentlich der Angelpunkt für lange Zeit, vielleicht für immer verloren hat, und daß dieses wichtige Moment ausgenutzt werden kann. Tragen erwarte ich, daß eine französische-englische, wahrscheinlich auch eine italienische Offensiv- unmittelsbar bevorstehen, daß glaube und hoffe ich, daß es uns gelingen wird, diese beiden An-

(Der Kronrat hat am 11. September Ratssitzungen, D. Red.) Ueber den Verlauf dieses Kronrats möchte ich hier mitteilen, was ich schon vor Monaten, also gänzlich unbefleht von der jetzigen Erzbergerischen Darstellung, für den dritten Band meines Buches über den Weltkrieg geschrieben habe, und was schon seit Wochen im Saal steht: „Der Reichstanzler und Herr v. Kühlmann machten geheimnisvolle Andeutungen über eine Friedensmöglichkeit, die sich neuerdings eröffnet habe, und zwar durch Mitteilungen eines von England beauftragten neutralen Vertreters. Voraussetzung für Friedensverhandlungen sei unser völliger und bedingungsloser Verzicht auf Belgien. Sie befürworteten diesen Verzicht. Demgegenüber setzte sich der Chef des Admiralstabes dafür ein, daß jeder Friede uns die flandrische Küste bringen müsse. Die Herren von der Obersten Heeresleitung gaben zwar die flandrische Küste preis, General Ludendorff betonte jedoch die militärische Wichtigkeit einer Angliederung der Festung Lüttich und ihrer Umgebung. Der Kaiser entschied schließlich im Sinne des Kanzlers. Der Kronprinz, der in der Sitzung selbst nicht das Wort ergriff, sprach sich nach der Beratung mit gegenüber dahin aus, daß nach seiner Ansicht jede Möglichkeit, zu einem anständigen Frieden zu kommen, ergriffen werden müsse, und daß der Friede an seiner Wichtigkeit nicht scheitern dürfe. Der Kanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen hatten also hinsichtlich Belgiens vollkommen freie Hand. Hier müßten also, ehe sich jemand ein abschließendes Urteil bilden kann, zunächst einmal die Herren Michaelis und v. Kühlmann gehört werden. Dann wird — wie ich jetzt schon glaube, sagen zu können — das ganze Gebäude des Herrn Erzberger zusammenbrechen.“

Es bleibt dabei: Die einzige ernsthafte Friedensmöglichkeit während des ganzen Krieges bestand im Sommer 1917 und diese Friedensmöglichkeit hat Herr Erzberger gestiftet. Dafür hat Herr Erzberger sich zu verantworten, ebenso für sein Verhalten während des Waffenstillstandes und für seine Friedensverhandlungen. Und das Gebiet der Reinfiktion wird auch nicht vergessen werden.“

Eine Erklärung im Namen Ludendorffs.

WB. Berlin, 26. Juli. Die „B. Z. am Mittag“ meldet: Zu der gestrigen Einberufung in der Weimarer Nationalversammlung erhalten wir von autoritativer Stelle der Obersten Heeresleitung folgende Erklärung im Namen des Generals Ludendorff übermittelt:

Das Schreiben des Nuntius und das Antwortschreiben des Reichstanzlers Dr. Michaelis, die heute in der Morgenpresse veröffentlicht wurden, sind dem General Ludendorff erst heute früh bekannt geworden. Er hat von diesem Schreiben früher nie etwas gehört. Unbeachtungsweise und geheimnisvoll wurde Ende August oder Anfang September der Obersten Heeresleitung mitgeteilt, daß England eine Fühlungnahme anstrebe. Unabhängig davon wurde dem General Anfang August durch den Obersten Haackten auf Grund von ihm zugegangenen Mitteilungen aus passivistischen Kreisen des Auswärtigen gemeldet, daß England jetzt eine offene Erklärung Deutschlands über Belgien erwünscht sei. Der General glaubte, es handle sich in beiden Fällen um die gleiche Angelegenheit und erklärte in beiden Fällen sein Einverständnis zu einer Erklärung über Belgien. Es fanden eine Reihe von Besprechungen über die belgische Frage statt, darunter auch ein Kronrat am 11. September. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde eine Einigung über eine Formel betreffs Belgien erzielt. Einige Tage darauf regte der Reichstanzler in einer Besprechung mit seinem Vertreter Dr. Helfferich und Staatssekretär Kühlmann, der auch Oberst Haackten, Direktor Deulmoser und Vertreter des Kriegspresseamtes bewohnten, an, die öffentliche Meinung in der Heimat und an der Front auf eine starke Beschränkung der in vielen Kreisen des öffentlichen Lebens hinsichtlich Belgiens angeführten Ziele vorzubereiten. Staatssekretär Kühlmann sprach sich aus unbekanntem Gründen dagegen aus. General Ludendorff hat in diesen Tagen Dr. Michaelis, von einer von ihm beabsichtigten Kriegssammlungsrede Abstand zu nehmen, damit nicht etwa mögliche Verhandlungen erschwert würden. Am 20. September hat Oberst Haackten, der ebenfalls von dem Schreiben des Nuntius keine Kenntnis hatte, eine Besprechung mit Staatssekretär v. Kühlmann gehabt, in der er ihn auf Verlangen des Abgeordneten Konrad Haubmann bat, eine offene Erklärung über Belgien abzugeben. Der Staatssekretär lehnte es ab. Oberst von Haackten machte hiervon der Obersten Heeresleitung Meldung. General Ludendorff hat später den Reichstanzler oder Herrn von Kühlmann gefragt, was aus der angeblichen englischen Fühlungnahme geworden sei. Er erhielt eine ausweichende Antwort.

Das Friedensangebot von 1917.

— Berlin, 26. Juli. (Privatteil.) Das Friedensangebot, das der deutschen Regierung durch die Vermittlung des päpstlichen Nuntius in München zugegangen ist und das der Reichsminister Erzberger in seiner gestrigen Rede erwähnte, hat folgenden Wortlaut:

München, den 30. August 1917.
„Ew. Exzellenz! Ich habe die hohe Ehre, beiliegend Ew. Exzellenz die Abschrift eines Telegramms zu übermitteln, das von Sr. Exzellenz dem Herrn Gesandten Sr. Majestät des Königs von England beim hl. Stuhl Sr. Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben wurde. Die französische Regierung schließt sich den in dem gleichen Telegramm angeführten Darlegungen an.
„Se. Eminenz ist voll des Verlangens, ihre Bemühungen für die Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welche anzunehmen die kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich auch Se. Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Ew. Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzuweisen, welcher sich auf Belgien bezieht und erstens eine bestimmte Erklärung über die Abhängigkeit der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und die Entschädigung für den Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; zweitens eine gleichfalls bestimmte Angabe der Bürgschaften für die politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit von Deutschland verlangt.
„Ist diese Erklärung befriedigend, so meint Se. Eminenz, daß der Schritt zur Weiterentwicklung der Verhandlungen gehen würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine förmlich. Regierung bereits verständigt, daß der hl. Stuhl auf die in dem betreffenden Telegramm enthaltene Mitteilung einwogen wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der kaiserlichen Regierung erhalten haben wird.“
Der päpstliche Nuntius gab schließlich seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Reichstanzler sich unsterbliche Verdienste erwerben könnte um das Vaterland und die ganze Menschheit, wenn er in einer persönlichen Note das gute Willigen der Friedensunterhandlungen erwidern würde.
In der Antwort durch den damaligen deutschen Reichstanzler Dr. Michaelis vier Wochen später, die am 24. Sept. erfolgte, heißt es mit Rücksicht auf Belgien:
„Im heutigem Stadium der Dinge sind wir nicht in der Lage, dem Nuntius Ew. Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kais. Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Bürgschaften abzugeben. Der Grund hierfür liegt keineswegs darin, daß die kais. Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätzt, oder glaubt, ihre Absichten und die ihr unumgänglich

nötig erscheinenden Bürgschaften seien ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens, sondern darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen für eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer solchen Erklärung bis jetzt noch nicht geklärt zu sein scheinen. Hierüber Klarheit zu verschaffen wird das Bestreben der kais. Regierung sein und sie hofft, falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen, in nicht allzuferner Zeit in der Lage zu sein, Ew. Exzellenz über die Absichten und sonstigen Forderungen der kais. Regierung insbesondere inbezug auf Belgien genauer unterrichten zu können.“

Weitere Meldungen.

Das englische Telegramm.
tu. Weimar, 28. Juli. (Priv.) Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen das in dem Schreiben des päpstlichen Nuntius erwähnte Telegramm der englischen Gesandtschaft der Öffentlichkeit zugänglich machen.
Weitere Vermittlungsversuche?
— München, 26. Juli. In einer Besprechung der gestrigen Sturzsession in Weimar schreibt die mehrheitssozialistische „Münchener Post“: „Wie würde die Nationalversammlung aber erst aufbrausen, wenn sie wüßte, daß im Januar 1918 erst zu nehmende Männer einen dem päpstlichen ähnlichen und nicht einmal letzten Versuch machten, Deutschland zu verständlichen Vorschlägen zu bewegen, und daß dieser Versuch an der moral. Insanität unserer Politik und des diplomatischen Systems ebenso scheiterte wie die Anrogung Benedikts XV. Ein dem ehemaligen Vizekanzler Herrn v. Payer eng befreundeter württembergischer Abgeordneter (gemeint ist wohl Haubmann. Die Red.), wüßte darüber genau Bescheid. Müchte er nicht auch reden?“

Mitteilungen Konrad Haubmanns.
tu. Stuttgart, 28. Juli. (Priv.) Auf dem württembergischen Vertretertag der demokratischen Partei teilte Abgeordneter Haubmann mit, daß nicht nur der Siebener-Ausschuß des Reichstages, sondern auch v. Payer in seiner Eigenschaft als Vizekanzler von dem über den Vatikan der deutschen Regierung zugeleiteten Friedensangebot der Entente nichts erfahren habe.

Aus den Tagen der Friedensunterzeichnung.

Die Rückbeförderung unserer Kriegsgefangenen.
WB. Berlin, 26. Juli. Wie von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, sind noch immer irgendwelche Verhandlungen mit der Entente über den Rücktransport unserer Gefangenen nicht möglich gewesen. Unsere Anfrage vom 28. Juni ist ohne Antwort geblieben. Am 21. Juli haben wir erneut darauf gedrängt, den Zusammentritt von Kommissionen zur Beratung der Rückbeförderung zu beschleunigen. Diese Kommissionen sollen vor allem dafür sorgen, daß den Gefangenen bis zu ihrer endgültigen Rückbeförderung die Erleichterungen versichert werden, welche wir den fremden Gefangenen gewährt haben, nämlich ihre Behandlung als freie Arbeiter, Aufhebung der Zensur und dergleichen, wenn auch am 11. Juli eine Verständigung der Frage der Zurückbeförderung mit der Frage des Wiederaufbaues erfolgte. Es ist doch klar, daß die Kriegsgefangenen in der Hand der Entente ein Druckmittel sind, weil sie die Unterbrechung der Aufbaumarbeiten als unmöglich hinstellt und überhaupt den Friedensvertrag und seine Erfüllung als Ganzes betrachtet will. Alle Vorbereitungen für die tatsächliche Heimbeförderung der Gefangenen sind getroffen. Die Sonderaktion ist im Gange für die Gefangenen in Sibirien, die in diesem Jahre auf keinen Fall zurückkommen können, da der Landweg durch die Bolschewisten gesperrt und die Wasserwege dann nicht mehr eisfrei sind. Es handelt sich dabei um 20 000 Kriegsgefangene und 28 000—30 000 Zivilgefangene. Gegenüber einer Mittermeldung ist zu sagen, daß wir in Italien nur 252 Kriegsgefangene haben.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages.

WB. Bern, 26. Juli. Chicago „Tribune“ erwartet, daß Italien den Friedensvertrag mit Deutschland spätestens in zehn Tagen ratifizieren wird und daß die Ratifizierung durch die französische Kammer in den ersten Augusttagen erfolgen wird. Die japanische Delegation in Paris erhielt eine Nachricht aus Tokio, wonach die Ratifizierung aus Japan sehr bald eintreffen dürfte.

WB. Bern, 26. Juli. Einer Meldung des „Temps“ aus Washington zufolge hat Wilson bei den Verhandlungen mit den republikanischen Senatoren nicht verhehlt, daß, falls der Friedensvertrag nicht vorbehaltlos ratifiziert werden würde, es notwendig sein würde, neue Verhandlungen zu beginnen.

Ein neuer Ausbruch der Entente.

Sch. Rotterdam, 28. Juli. (Priv.) „Homme Libre“ und „Temps“ schreiben, daß die Alliierten über Maßnahmen beraten, die eine Vermögensabgabe in Deutschland reslos den Schadenersatzforderungen der Alliierten zuführen soll.

Zum Kaiserprozess.
Sch. Rotterdam, 28. Juli. (Priv.) „Times“ will erfahren haben, daß im Tower Räume für die Aufnahme Wilhelms II. in Bereitschaft gesetzt werden.

Die Geschehnisse im Reich.

WB. Berlin, 26. Juli. Die Reichswehr in Kiel und die Torpedowerft in Wilhelmshaven geben an die Zivilverwaltung über. Es bleibt abzuwarten, inwieweit dieselbe als reichseigene Zivildienste eingerichtet werden.

Vom Staatenausschuß.
WB. Weimar, 26. Juli. In der gestrigen unter dem Vorsitz des Reichsministers Mager abgehaltenen Vollziehung des Staatenausschusses wurde dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft zugestimmt.

Reichsnotopfer und Umsatzsteuergesetz.
— Weimar, 26. Juli. In der heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Erzberger abgehaltenen Vollziehung des Staatenausschusses wurde dem Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes und eines Gesetzes über das Reichsnotopfer zugestimmt.

Deutsche Nationalversammlung.

(Fortsetzung der großen Aussprache.)
WB. Weimar, 26. Juli. Am Regierungstisch: Bauer, Müller, David, Noke.

Präsident Fehrenbach eröffnet 9 1/2 Uhr die Sitzung.
Vizepräsident (D. B.): Kollektive Aufklärung sind wir dem deutschen Volke schuldig. (Beifall rechts.) Ganz einseitig werfe Erzberger den Deutsch-Nationalen die Illusion vor, daß

in kürzester Frist entscheiden könnte. Er habe nichts anderes gedacht. Selbst die Sozialdemokraten glaubten an die Wiedung des U-Bootkrieges. Eine gerichtliche Behandlung würde aus dem weltgeschichtlichen Erleben des deutschen Volkes ein Spottstück machen. Durch

Ihre (zu den Sozial.) die Verneinungspolitik haben Sie die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit auf die Dauer unmöglich gemacht. (Gelächter bei den Sozial.) Der internationale Gedanke, der Schiffbruch gelitten hat, ist nun auch das Leitmotiv der äußeren Politik des Ministers Müller. Gerade diese

Politik der Völkerverjüngung aber hat zu dieser katastrophalen Erschütterung geführt, unter der wir jetzt leiden. Wir denken nicht an neue Klüftungen und haben es nach Annahme des Friedensvertrages für unsere Pflicht, die zerstückte Frankreich wieder aufzubauen. Wenn wir der Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen können, so beschließen wir nicht, eine negative Politik zu treiben. Das gilt auch für unsere Haltung in der Steuerfrage. Wir wollen an der sozialen Gesetzgebungsarbeit teilnehmen und an der Ueberwindung des Klassenkampfes mitarbeiten.

Abg. Dr. Haase (U.S.): Wir haben gereigt, daß wir gegen Erzberger sind. Aber die Attaden, die jetzt a. B. Helfferich in der „Kreuzzeitung“ gegen ihn leitet, machen uns stutzig. Man will sich rächen an dem Manne, der durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages das Babanque-Spielchen vereitelt und jetzt die schweren Steuern durchzuführen will.

Deutschland wäre zerstört worden. Heute atmet alles auf, daß wir den Frieden haben. Selbst der Minister Müller hat seine Rede frei von Krampfmetertum und ohne Brammstücher gehalten. Unser Heeresbudget ist wie im gestrigen gehört haben noch ebenso hoch wie in Friedenszeiten.

Das Mittel des Streiks.

dürfen wir den Arbeitern nicht nehmen. Obligatorische Schlichtungsrichte, die aus der Bourgeoisie zusammengesetzt sind, können die Arbeiter nichts nützen. Der Arbeitszwang ist, solange der kapitalistische Staat besteht, ein Verbrechen an Arbeiter. Die Gegenrevolutionäre sind an der Arbeit. Gegen die Juden wird bestialisch gehetzt. Die Diktatur des Proletariats bedeutet keineswegs die Herrschaft mit Handgranaten. Mißtrauen gegen die Regierung haben die Arbeiter besonders deshalb, weil die nach Friedensschluß erwartete Amneistie ausgeblieben ist. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Reichswehrminister Noke: Die antieimittliche Hecke läßt sich als sehr gefährlich ein, weil es bei der Erregbarkeit vieler Menschen und der Geneigtheit zu Gewalttätigkeiten leicht zu Ausreißern kommen kann. Wo sich eine Handhabe bietet, wird zugepackt werden. Jede antieimittliche Treiberei in der Truppe verurteilt ich auf das Entschiedenste. Wenn der deutsche Arbeiter noch nicht die Früchte der Revolution erntet, so ist das dem eifrigsten

Bruderkrieg in der Arbeiterkassette

zu danken, der von Haase und seinen Freunden geführt wird. Im vorigen Montag ist den Leuten in Berlin vorbereitet worden, was sie aus den Betrieben herausgingen, so nähmen sie an einer Freieinigung des internationalen Proletariats gegen den harten Frieden teil. In Wirklichkeit haben die Franzosen, Engländer, Italiener und Schweizer den Streik abgelehnt. Deutschland bedarf intensiver Arbeit. Ich halte es für meine besondere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß eine Anzahl Leute, die ihr revolutionäres Herz oben erst erndet haben und nun politische Anpreisler machen wollen, nicht die Erregung, die im deutschen Volke herrscht, solcher Weise ausnützen. Demen trete ich entgegen solange ich das Vertrauen der Mehrheit habe und auf meinem Posten stehe. — Der Minister wandte sich dann weiterhin scharf gegen die U. S., die durch vorwärtigen Lärm seine Ausführungen unterbrachen. Zum Schluß erklärte der Minister: Ich werde niemals Eigenwilligkeiten, von welcher Seite sie auch kommen, dulden. (Langanhaltender Beifall im ganzen Hause, Zwischen bei den U. S.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

Zum Sitzungsbericht ist nachzutragen eine Mitteilung des Ernährungsgenerals Schmidt, wonach es zutreffend ist, daß eine Reichs-Nahrungsmittelkommission in der Elbe liegen und daß die Fische nicht verrotten würden. Sie werden konfiszieren und geschlachtet, um aus der Zeit einer weniger reichen Zufuhr zur Verfügung zu stehen.

Nachmittags-Sitzung.

Am Regierungstisch Müller, Naumann, Noke, Erzberger, David, Vizepräsident Dietrich eröffnet die Sitzung um 4.05 Minuten.
Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund): Meine Herren! Namentlich sind noch nicht da. (Beifall.) Das Wort des Ministerpräsidenten von der Verbräut habe ich mit meinem beabsichtigten Bauernverband an aufgeschaltet. Es ist nicht leicht, an der Spitze der Regierung in einem solchen Leben an die Regierung gekommen sind. (Beifall.) Es schadet nichts, daß der Kaiser zur Reichsdeputation gezogen worden wird. Man hat ihn zwar Friedensstifter genannt, aber man darf doch nicht vergessen, daß er allerlei unfreundliche Sprüche öfter (Leb. Zustimmung links.) Die Rechte verzichtet auf ihre Vorkämpfer, die Hinte auf ihre Gewaltpolitik; dann muß dies eine Zusammenarbeit auf dem Boden des gefunden Menschendevotandes sein möglich sein. Wenn wir einträchtig zusammenarbeiten, dann kommen wir auch vorwärts. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Langhoff (Deutsch. Hannov.): Als Angehöriger der Deutsch-Hannoverschen Partei und als parlamentarischer Neuling muß ich fragen: Was hat es eigentlich für einen Zweck, wenn wir uns hier über die Schuld am Kriege herintriebelt? Wir sitzen in der Tüte drin, und statt uns darüber zu streiten, mer schuld daran ist, sollten wir unser Augenmerk darauf richten, wie wir wieder herauskommen. Wir kämpfen für ein selbständiges Hannover.

Abg. (Soz.): Die gestrigen Enthaltungen des Reichsfinanzministers Erzberger haben im ganzen Reich eine gewaltige Eindruck gemacht. Gerüchten hat es mich, daß Herr Haase über die gestrige Enthaltung nicht überrascht gewesen ist, sondern daß über die Dinge schon länger bekannt gewesen sind. Dann muß ich sagen, wenn Herr Haase diese Kenntnis hatte, und sie dem deutschen Volke vorenthält, dann hat er sich nicht schuldig gemacht. (Leb. Zustimmung links.) Der in Paris zum Völkerverbund und namentlich gegen gewisse Völker. Das Ideal des Völkerverbundes wird verwirklicht werden. Deutschlands Wiederaufbau wird diesen Völkerverbund verbürgen. Deshalb findet die Reichsregierung an uns Unterstützung. (Beifall bei den Sozial.)

Nach persönlichen Bemerkungen verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung, Montag, 28. Juli, 9 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung. 1. Beratung des Reichsnotopfers über einen Staatsgerichtshof.
Schluß 7 Uhr.

Unruhen und Streiks.

Das Ende des Berliner Massenstreiks.
tu. Berlin, 28. Juli. (Priv.) Nachdem in der Metallindustrie der Ausbruch der Schmeide durch Anerkennung des Schlichtungsspruches beendet ist, kann auch der Betrieb in den Metallbetrieben wieder aufgenommen werden und vor allem können auch die entlassenen Arbeiter in familiären Verhältnissen wieder eingegliedert werden. Damit wäre in der Industrie der Friede wieder hergestellt.

Generallstreik der Kalibergarbeiter.
tu. Halle, 26. Juli. (Privat.) Auf einer in Hannover abgehaltenen Delegiertenkonferenz der Kalibergarbeiter wurde u. a. Einführung der 7 Stunden Schicht unter Tage und sonstige Erleichterung der Arbeit mit Rückwirkung auf 1. Juli, sowie sonstige Erleichterung der Betriebsräte und Urlaubsberechnung verabschiedet. Die Nichterfüllung dieser Forderungen bis zum 30. Juli wollen die Kalibergarbeiter Deutschlands am 1. August in dem Generallstreik eintreten.

Streik in den Nürnberg Druckerien.
WB. Nürnberg, 26. Juli. Infolge des Ausstandes der Angestellten der Buchdruckereien konnten die Zeitungen heute nur teilweise erscheinen.

Badische Chronik.

Manheim, 20. Juli. Zwischen den Paritätischen und dem Arbeiterverband der Rheinvereine...

Manheim, 20. Juli. Der Streik der hiesigen Gastwirtschaften scheint unermüdlich...

Schwetzingen, 20. Juli. Der Gendarmenpost ist es gelungen, eine Diebesbande festzunehmen...

Offenburg, 27. Juli. Der Badische Sängerbund hat auf Sonntag, den 21. September, nach Offenburg...

Karlsruhe, 27. Juli. Ueber die Lage der Schwarzwalder Uhrenindustrie wird berichtet...

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 28. Juli. Die Familie des Prinzen Max ist, wie aus Salem...

Lebensmittelversorgung der heimkehrenden Kriegsgesangenen. Den jetzt heimkehrenden Kriegsgesangenen werden nach Beilung...

Eine Prieger-Gedächtnisplatte zum Ehren den Anreden an die Geliebten der St. Peter- und Paulus-Gemeinde...

Das Fest des sel. Margareten-Berthard von Baden, bezugsnehmend, wurde am gestrigen Sonntag...

Der Schatten.

Roman von Else Stieler-Marschall. Gedichtformel für den Schutz des Inhalts in den Vereinigten Staaten...

Endlich liegt Fröh bezwungen in einem schlaflosen Weinen auf dem feuchten Waldboden...

Bom Wasser steigt es kühl herauf und ein starkes, graues Dämmern sinkt herein. Da lacht Hans Glas...

Nun, nimm Dich zusammen, Fröh. Wir müssen gehen. Du kommst mit mir, ich lasse Dich nicht aus den Händen...

Fröh Lange steht auf. Wandlend, wie im Taumel, ihm ist alles noch unfaßbar. Schauernd blickt er auf den dunkel strömenden Fluß...

Wie Du leben, wie Du vor ihr bestehen kannst, das will ich Dir jetzt alles klar machen, mein Sohn. Nur noch auf dem Weg...

Während sie langsam den Pfad zurückgingen und Barry trübend hinter ihnen hertrötete, erzählte Hans Glas die

betreffigen sich gestern auch zahlreiche Personen der Landeshauptstadt und deren Bezirke. Der Kathol. Männerverein der Offstadt hatte...

Ueberwachung der Kinobühnen. Untlich wird geschrieben: In den Zeitungen erheben sich in letzter Zeit immer mehr Stimmen...

Neuerungsgründung. Vor kurzem wurde hier eine freie Innung für das Hafner- und Ofenfergergewerbe für die Stadt Karlsruhe...

Neuerungsgründung. Von verschiedenen Seiten wurden wir gefragt, wo die Meldungen zum Referentenbataillon...

Der Stadt Karlsruhe ist das Auslandsmehl gesperrt. Karlsruhe, 28. Juli. Wie bereits früher mitgeteilt wurde...

Zur Erhaltung des Landtheaters. Karlsruhe, 27. Juli. Der Stadtrat hat an den Bürgerausschuss eine Vorlage hinübergegeben...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

Das Landtheater in Karlsruhe wird vom Beginn der Spielzeit 1930/31 an als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung...

gelehrt Verwaltungsrat gebildet, in dem das Unterrichtsministerium 3, das Finanzministerium 2, die Stadtgemeinde Karlsruhe 5 Stimmen führt.

Das Gebäude des Landeshauptmanns nebst dem seinem Betrieb dienenden Nebengebäude sowie die ganze zurzeit des Abchlusses dieser Vereinbarung vorhandene Betriebsanrichtung stellt der Staat kostenlos zur Verfügung.

An dem durch Einnahmen nichtgedeckten Betriebsaufwand des Landeshauptmanns beteiligt sich die Stadt Karlsruhe mit einem jährlichen Anteil, der in monatlichen Zahlungen vorbehalten der jährlichen Schuldverrechnung an die Theaterkasse entrichtet wird...

Die Unterhaltungsarbeiten und kleineren Bauherstellungen werden aus den Betriebsmitteln bestritten; über größere Herstellungen wird besondere Vereinbarung zwischen Staat und Stadt für jeden Einzelfall vorbehalten.

Mit Beginn der Spielzeit 1925/26 scheidet der Staat aus der Beteiligung am Betrieb des Theaters aus. Die Stadt Karlsruhe ist grundsätzlich bereit, den Betrieb des Theaters von diesem Zeitpunkt an in eigene Verwaltung zu übernehmen...

Die Vereinbarung hat zur selbstverständlichen Voraussetzung, daß die äußeren Umstände den Weiterbetrieb des Theaters überhaupt zulassen. Nach den beiden bei dem Unterzeichneten eingetroffenen Darlegungen des Reichskolonialkommissars über die Auslieferung des Kohlenbezugs...

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß sich die Stadt Karlsruhe der Verpflichtung nicht werde entziehen können, im Interesse der Erhaltung des bisherigen Hoftheaters auch später Opfer zu bringen.

Handel und Verkehr.

Die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.G. in Mannheim hat in Bühl in Baden eine Depotkassette errichtet...

Anna Lehman Friedrich Müller Verlobte! Karlsruhe Juli 1930 Dinglingen

Ruhringweine. Seine Charaktereigenschaften bis in den edelsten Wein. Ruhringweinkellerei Riedel & Farkel, Neudorfstrasse 19.

Ruhringweinkellerei Riedel & Farkel, Vertriebsbüro Karlsruhe, Reinhard Jansen, Hirschstrasse Nr. 29.

Wanzen

Samt Brut, sowie anderen Ungeziefer läßt man am besten mittels unserer Spezial-Verfahren vollständig vernichten. Billigste Berechnung. Heile Bedienung. Abonnement für die Herren Hausbesitzer unter besonders günstigen Bedingungen.

Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer. Anton Springer, 10030 nur Ettlingerstrasse 51, Telefon 2340.

"Hans Glas", sagte Fröh feierlich, "mein Leben gehört jetzt Ihnen und Frau Gertrud. Sie können aus mir machen, was Sie wollen."

"Selbst ist der Mann", antwortete er, "wir danken ergebenst, für all Deine künftigen Tugenden verantwortlich gehalten zu sollen."

Nächtliche Stille im Hause an der Allee. Fröh Lange lag noch schlaflos in seiner tiefen Erschöpfung...

Hans, der auf Gertruds Bett sah, hielt Geige und Bogen gedankenvoll in der Hand. Gertrud sah zu ihm auf, glücklich und im Tiefsten beruhigt...

"Hans, heute der Tag, was hat der aus mir gemacht. Was habe ich durchlebt, seit ich am Morgen Fröhens Brief gefunden hatte. Geleert hab ich, viel, viel. Und ich weiß, wie Schuld ist und Sühne. Und weiß soviel von Dir und wie schwer ich es Dir gemacht habe. Du mußt es mir verzeihen. Ich verstehe jetzt, warum Dir das Lied so lieb ist, ich liebe es auch. Es ist ein Lied der Verführung."

"Ja", antwortete Hans, "aber von jetzt an wollen wir die Seelen in Frieden ruhen lassen und fröhlich und stark die Einförmigkeit unseres Lebens spielen."

Und dann sagte er leise: "Schatten müssen sein, wo Sonne ist. Gespenster aber muß man zu bannen verstehen."

"Sie kommen nicht wieder", frohlockte Gertrud, "sie spuken nur bei einsamen Menschen. Wir aber sind jetzt wirklich zu

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratsitzung

Am 24. Juli. Auf Wunsch des Stadtrats wird Oberbürgermeister Siegrist die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters bis zum Eintritt seines Nachfolgers weiterführen.

Ehrentung. Herr Fabrikant Altbürgermeister Leopold Wölff hat der Stadt ein wohlgelegenes Bild des ersten Kreuzers Karlsruhe, gemalt von Herrn Maler Wilhelm Holz hier, geschenkt.

Stadtgarten. Veranlaßt durch die abfällige Kritik welche im Frühjahr vollaufgegangene Veränderungen einiger Wege und Anlagen im Stadtgarten gefunden, haben Stadtrat und Stadtgartenkommission diese Anlagen eingehend besichtigt und dabei festgestellt, daß die im Verhältnis zur Gesamtanlage ziemlich unbedeutenden Eingriffe in der Hauptsache durch die Notwendigkeit der Schaffung eines breiteren Hauptweges zur Aufnahme des erfreulicherweise immer häufiger vorkommenden Massenbesuchs geboten waren.

Tarifserhöhung der Albtalbahn. Der Stadtrat hatte beim Ministerium der Finanzen (Eisenbahnabteilung) beantragt, die von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen gutgeheißene weitere Erhöhung der Fahrpreise der Albtalbahn, soweit die Strecke Karlsruhe-Rippurt in Betracht kommt, zurückgängig zu machen.

Verordnung mit Verordnungsamt. Um den fälschlich Verordnungsamt betriebe mit den Bestimmungen der Verordnung des Reichsverordnungsamtes vom 22. 5. 19 und der Vollzugsverordnung des Badischen Ministeriums des Innern vom 2. 7. 19 in Einklang zu bringen und die Stadtkasse zu entlasten schlägt das städt. Schlicht- und Viehhofamt folgende Neuregelung vor:

Die nach den gesetzlichen Bestimmungen der Verkauf der Pferde durch den Kommunalverband oder die Gemeinde zu geschieden hat, soll ein fälschlich Verordnungsamt für die Oberkäufer für den Verkauf des Schlachtochtes zukommenden Gebühr bestell.

Die Schlachtung der Pferde und die Herrichtung des Fleisches mit der Wurst des Schlacht- und Viehhofamt.

Der Verkauf des Fleisches dagegen wieder den früheren Verordnungsamt, welche schon vor dem Kriege ihr Geschäft hier betrieben haben, übertragen werden.

Die Regelung des Verkaufs durch Kundenlisten und Verordnungsamt wird beibehalten. Die bei den aufzubehalten sind, Verkaufsstellen eingeschriebenen Verkäufer haben sich auf die anderen Verordnungsamt und Verkaufsstellen einschreiben zu lassen.

Der Stadtrat erklärt sich mit der vorgeschlagenen Neuregelung einverstanden.

Vollbildungskurse der Stadt. Die während des Krieges ausgefallenen Volkshochschulkurse (Arbeiterbildungskurse) sollen im Herbst ds. Js. wieder aufgenommen werden.

Nachbarsarbeiten. Beim Bürgerauschuss wird dessen Zustimmung dazu nachgehakt, daß im fälschlich Licht, Luft- und Sonnenbad eine Reihe von Arbeiten zur Verbesserung des Zugangs zum Bad und seiner Einrichtungen mit einem Aufwand von 16000 Mk. als Nachbarsarbeiten ausgeführt werden.

Erhöhung des Straßenbahn-Tariffs. Der Stadtrat beschließt nach Anhörung der Bahnkommission die zur Deckung des bedeutend gestiegenen Personal- und Sachaufwandes als unumgänglich nötigen Tarifserhöhungen. Die Zustimmung des Bürgerauschusses hierzu soll sobald einmündig werden.

Minister Hummel über die politische Lage.

in Karlsruhe, 24. Juli. In einer stark besuchten Mitglieder-versammlung der Deutschen Demokratischen Partei, die Freitagabend im Saal 3 der Branderei Schrempf stattfand, sprach Minister Hummel über die politische Lage. Er führte aus:

Wir stehen derzeit mitten in der größten Umwälzung der Weltgeschichte. Der Gedanke, daß mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages der Frieden auch wirklich eintreten würde, hat sich als trügerisch erwiesen. So unterscheiden sich die Zustände in den besetzten Gebieten keineswegs vom Kriegszustand.

Die Ziele der äußeren Politik, wie sie unserer Partei vorzulegen, müssen unerschütterlich in Angriff genommen werden, weil sie die Vorbedingung sind für den Beginn des Aufbaus der inneren deutschen Wirtschaft. Aufgabe dieser Politik ist es, jede Gelegenheit zu politischer Arbeit zu ergreifen und sei es an einer noch so unwichtig scheinenden Stelle.

Die Entente trägt sich offenbar mit der Hoffnung, das deutsche Volk durch dauernde Reibungen völlig aktionsunfähig zu machen. Wir dürfen uns also nicht von der Antipathie gegen die Polen und Tschechoslowaken leiten lassen, wenn dieses Ziel der Entente erreicht werden soll.

Die Entente trägt sich offenbar mit der Hoffnung, das deutsche Volk durch dauernde Reibungen völlig aktionsunfähig zu machen. Wir dürfen uns also nicht von der Antipathie gegen die Polen und Tschechoslowaken leiten lassen, wenn dieses Ziel der Entente erreicht werden soll.

und Parteiprogramm. Viel zu viel ist schon vom neuen Sinne der Partei gesprochen worden. Die Arbeiter- und Bauernschaft, alle Kreise der Bevölkerung, die sich zu überlegen, wie schnell dieses Land noch in die wirtschaftliche Krise zu fallen, die wirtschaftliche Kraft dieses Landes und jedes Einzelnen zu schonen, denn wir nicht vollkommen den wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegenzusehen wollen.

Redner sagte weiter: Arbeiten wir am Überleben unserer deutschen Kultur, damit die Erwartung unserer Gegner, daß wir innerlich verkommen, zu scheitern wird. Rühmen wir dagegen, daß die Schule den Gemeinden mit ihren vielfachen Interessen ausgeliefert wird. Es ist Pflicht des Staates, die Schule in seiner Hand zu behalten.

Schlecht weg lassen in der Rede des Ministers die Arbeiter- und Bauernschaft, die dafür sorgten, daß Berlin so beliebt sei. Er vertrat das weitere eine gerechte Steuerpolitik, worin aber vor allem die Forderungen der großen Vermögenden als Grundlage unserer Wirtschaft und vor einer Steuerdemagogie nach unten. Es müsse ein Gleichgewicht der Verantwortlichkeit aller fürs Ganze gewahrt werden.

Beginn der Kur: 1. August. Neuenahr. Large advertisement for a spa resort.

Kurhotel advertisement with details about services and location.

Reservemilizbataillon (Einwohnerwehr) advertisement.

Gebisse advertisement for dental services.

Handelsbureau der Stadt Karlsruhe advertisement.

Scharff advertisement for a business.

M. Schneider advertisement for children's and men's clothing.

Bekanntmachung (Public Notice) advertisement.

Salatöl advertisement.

Schreibmaschinen-Haus A. M. Hoff advertisement.

Mähreide advertisement.

Elektrotechnische Fabrik Rheydt advertisement.

Bundeshaupthasse als Bundesbehörde für die staatliche Klassenlotterie advertisement.

Salatöl advertisement.

Schreibmaschinen-Haus A. M. Hoff advertisement.

Mähreide advertisement.

Small advertisement for a business.

